# N i e d e r s c h r i f t
# PLBUA/VII/26

Niederschrift über die Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses der Gemeinde Rosendahl am 28.08.2008 im Sitzungssaal des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, Rosendahl.

**Anwesend waren:**

Der Ausschussvorsitzende

Barenbrügge, Theodor

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende

Hemker, Leo

Die Ausschussmitglieder

| | |
|---|---|
| Henken, Theodor | |
| Isfort, Mechthild | in Vertretung für Klaus Schenk |
| Neumann, Michael | in Vertretung für Hartwig Mensing |
| Niehues, Hubert | |
| Riermann, Günter | |
| Steindorf, Ralf | in Vertretung für Josef Rottmann |
| Weber, Winfried | |

Von der Verwaltung

| | | |
|---|---|---|
| Niehues, Franz-Josef | Bürgermeister | |
| Wellner, Norbert | Fachbereichsleiter | |
| Gottheil, Erich | Fachbereichsleiter | bis einschl. TOP 4 ö.S. |
| Brodkorb, Anne | Schriftführerin | |

Als vortragende Gäste zu TOP 2 ö.S.

| | |
|---|---|
| Spanderen, Dirk | Volksbank Baumberge |
| Lohmann, Heinz | Volksbank Baumberge |

Als vortragender Gast zu TOP 3 ö.S.

| | |
|---|---|
| Seeger, Christian | IDEE SEEGER |

Als vortragender Gast zu TOP 4 ö.S.

| | |
|---|---|
| Tippkötter, Reiner | infas enermetic GmbH |

**Es fehlten entschuldigt:**

Die Ausschussmitglieder

Mensing, Hartwig
Rottmann, Josef
Schenk, Klaus

| | |
|---|---|
| Beginn der Sitzung: | 19:00 Uhr |
| Ende der Sitzung: | 22:00 Uhr |

# T a g e s o r d n u n g

Vor Sitzungsbeginn wurden einige Ortsbesichtigungen durchgeführt.

Bahnbrücke in Höpingen (Wirtschaftsweg nach Laer)

Stellv. Ausschussvorsitzender Hemker begrüßte zu dem Ortstermin die erschienenen Landwirte und Herrn Fehr von der Kreisverwaltung in Steinfurt, der für den Ausbau des Schienen-Radweges Coesfeld-Rheine zuständig ist.

Für die ca. 13 betroffenen Landwirte trug Herr Sellmann als Vorsitzender des Landwirtschaftlichen Ortsvereines Darfeld dem Ausschuss das bereits schriftlich bekundete Anliegen vor und erklärte, dass die Landwirte nicht einsehen könnten sich an den Kosten zu beteiligen.

Fachbereichsleiter Gottheil stellte die beiden Alternativen, Absenkung des Wirtschaftweges und Anhebung der Brücke vor und erläuterte, dass die Absenkung des Wirtschaftsweges von der Gemeinde selber durchgeführt werden könne und hierfür eine Kostenschätzung von ca. 15.000 € vorliege. Die Alternative Brückenanhebung sei noch nicht geprüft worden.

Ein Landwirt schlug vor das Brückenoberteil abzutragen und stattdessen eine Holzbrücke zu errichten.

Herr Fehr verdeutlichte, dass die Brücke noch nicht untersucht worden sei und er keine Aussagen dazu machen könne, ob eine Anhebung der Brücke oder eine Veränderung in Form einer neuen Holzbrücke möglich seien. Er bot an, die anstehende Brückenprüfung für diese Brücke vorzuziehen um hier möglichst bald konkrete Aussagen machen zu können.

*Mobilfunkanlage in Laer und Standort der geplanten Mobilfunkanlage am Bahnhof in Darfeld*

Die Ausschussmitglieder besichtigten zunächst die in Laer errichtete Mobilfunkanlage der Firma O2. Etwa baugleich soll diese in Darfeld in Nähe des Bahnhofes errichtet werden. Der geplante Standort in Darfeld wurde anschließend von den Ausschussmitgliedern besichtigt und für gut befunden.

Kirchstraße im OT Holtwick

Fachbereichsleiter Wellner berichtete dem Ausschuss, dass ein Anlieger sich beschwert hätte, dass die Autofahrer in diesem Bereich zu schnell fahren würden. Er habe am heutigen morgen dieses selbst feststellen können. Er schlug dem Ausschuss als Lösung vor, in dem Bereich des Seniorenwohnheimes und im Einmündungsbereich der Querstraße 3 Schwellen anzulegen. Der Bauhof würde diese Arbeiten ausführen, so dass mit Kosten von insgesamt 1.000 € zu rechnen sei.

Die Ausschussmitglieder wiesen jedoch darauf hin, dass es mehrere Bereiche in Rosendahl gebe, in denen Autofahrer die vorgeschriebene Geschwindigkeit nicht einhielten.

Ausschussmitglied Steindorf bat darum den Antrag in einer Sitzungsvorlage aufzuarbeiten.

Baugebiet "Schleestraße" im OT Holtwick

Zum Abschluss besichtigten die Ausschussmitglieder die bestehende Bebauung im Baugebiet "Schleestraße", insbesondere unter dem Aspekt des Ortsbildes. Man war sich einig,

dass die vorgesehene Bebauung mit 2-geschossigen Wohnhäusern und Zeltdach in dem geplanten Bereich verträglich sei.

Der Ausschussvorsitzende Barenbrügge eröffnete die Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses und begrüßte hierzu die Ausschussmitglieder, anwesende Zuhörer, Herrn Spanderen und Herrn Lohmann von der Volksbank Baumberge, Herrn Seeger vom Büro IDEE-SEEGER, Herrn Tippkötter von der infas enermetic GmbH, Herrn Barisch von der Allgemeinen Zeitung sowie die Vertreter der Verwaltung.

Anschließend stellte er die form- und fristgerechte Einladung zur Sitzung fest. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

## 1 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ausschusssitzungen

Fachbereichsleiter Wellner berichtete über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung des Ausschusses am 11.06.2008 gefassten Beschlüsse.

## 2 Bericht der Volksbank Baumberge eG zur Gründung einer Photovoltaik-Genossenschaft für das Gebiet der Volksbank Baumberge Vorlage: VII/714

Ausschussvorsitzender Barenbrügge verwies auf die Sitzungsvorlage Nr. VII/714.

Herr Spanderen und Herr Lohmann von der Volksbank Baumberge eG, Billerbeck berichteten über die Initiative der Volksbank zur Gründung der Photovoltaik Baumberge eG, für die Orte Billerbeck, Havixbeck sowie Rosendahl mit den Ortsteilen Darfeld und Osterwick. Eine Zusammenfassung ist als **Anlage I** der Niederschrift beigefügt.

In der sich anschließenden Diskussion erkundigte sich Ausschussmitglied Henken, wie hoch die erwartete Rendite sei und ob die Gemeinde, wenn sie Dachflächen für diese Initiative zur Verfügung stelle, auch Pacht erhalte.

Herr Spanderen berichtete, dass in einem ähnlich gelagerten Fall derzeit Renditen von 4-6 % erzielt würden und dass die Gemeinde sicherlich eine Pacht erhalten könne; über deren Höhe müsse man zu gegebener Zeit verhandeln.

Ausschussmitglied Steindorf bemängelte, dass in der Sitzungsvorlage nicht stehe, dass eine gemeindliche Beteiligung vorgesehen sei. Nach Vorlage weiterer Fakten werde er diese dann in der Fraktion beraten lassen.

Herr Spanderen wies darauf hin, dass die Information im Ausschuss in einem sehr frühen Stadium der Planung erfolge. Was daraus werde und welche Flächen man benötige, müsse noch entschieden werden. Wenn in den Fraktionen weiterer Informationsbedarf bestehe, stehe er gerne zur Verfügung.

Bürgermeister Niehues unterstrich, dass durch die Vorstellung der Initiative im Ausschuss für die Gemeinde Rosendahl keine Verpflichtung entstehe. Das Vorhaben solle lediglich zur Kenntnis genommen werden.

Ausschussmitglied Henken erkundigte sich, welche Größenordnung angedacht sei, oder ob zunächst der Markt abgetastet werde.

Herr Spanderen berichtete, dass es noch keine definierten Flächen gebe. Zunächst werde das Konzept in den Gemeinden vorgestellt. Dann komme die Bürgerinformation und erst dann laufe die Akquirierung. Im Anschluss daran sehe man, wie hoch der Bedarf sei und welche Flächen man benötige.

Ausschussmitglied Hemker fragte an, inwieweit sich die Volksbank Baumberge an der Photovoltaik eG beteilige.

Herr Spanderen antwortete, dass die Volksbank nur Basisarbeit und Service leiste aber keine eigenen finanziellen Interessen habe.

Ausschussmitglied Henken erkundigte sich, ob die Umsetzung der Photovoltaik eG noch in diesem Jahr erfolge.

Herr Spanderen erklärte, dass die Gründung der Photovoltaik Baumberge eG wohl nicht vor dem 01.01.2009 realisiert werden könne.

**3 Vorstellung der energetischen Gutachten zum Sanierungsbedarf der Heizungsanlagen der Grundschulen und Sporthallen in Darfeld und Holtwick und der Feuerwehrgerätehäuser**
**Vorlage: VII/693**

Ausschussvorsitzender Barenbrügge verwies auf die Sitzungsvorlage Nr. VII/693.

Herr Seeger vom Büro IDEE SEEGER stellte das energetische Gutachten zum Sanierungsbedarf der Heizungsanlagen der Grundschulen und Sporthallen in Darfeld und Holtwick und sowie den drei Feuerwehrgerätehäusern vor. Das Gutachten werde den Ratsmitgliedern in der nächsten Ratssitzung zur Verfügung gestellt.

Ausschussmitglied Steindorf erkundigte sich, für welchen Teil der Grundschule Darfeld die neue Heizung benötigt werde.

Fachbereichsleiter Gottheil berichtete, dass die Pausenhalle der Grundschule aus brandschutztechnischen Gründen umgebaut werden müsse. Im Zuge des Umbaus sei es sinnvoll, dort eine neue Heizungsanlage zu installieren.

Herr Seeger berichtete, dass die Turnhalle in Darfeld und der angrenzende DRK-Kindergarten mit einer eigenen Heizungsanlage beheizt werden. Die Verluste der Anlage in den Sommermonaten seien höher als der Wärmebedarf, so dass auch hier über eine Alternative nachgedacht werden müsse.

Bürgermeister Niehues schlug vor, zu prüfen, ob die Installation einer Solaranlagen für den Warmwasserbedarf sinnvoll sei.

Herr Steindorf fügte hinzu, dass die Heizungsanlage vermutlich auch in den Sommermonaten benötigt werde, da der Kindergarten auch von unter dreijährigen Kindern besucht werde.

Ausschussmitglied Neumann bat darum, das Gutachten kurzfristig zur Verfügung gestellt zu bekommen um in der Fraktion den Punkt 3 des Beschlussvorschlages beraten zu können.

Ausschussmitglied Henken fragte an, ob für die vorgeschlagenen Sanierungsmaßnahmen in 2008 noch Haushaltsmittel zur Verfügung stehen.

Fachbereichsleiter Gottheil antwortete, dass das Budget eigentlich ausgeschöpft sei, aber evtl. noch Mittel an anderer Stelle eingespart werden könnten.

Ausschussvorsitzender Barenbrügge ließ über den Beschlussvorschlag getrennt abstimmen.

Alsdann fasste der Ausschuss nachstehenden **Beschluss:**

1. Der Bericht des Ingenieurbüros IDEE-SEEGER zu den vorliegenden Gutachten für die in Rede stehenden gemeindlichen Gebäude wird zur Kenntnis genommen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Handlungskonzept für die Durchführung der empfohlenen Maßnahmen zu erstellen und die hierfür erforderlichen Finanzmittel im Haushalt 2009 bzw. im Investitionsplan der Folgejahre zu veranschlagen.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen,
1 Nein-Stimme

3. Im Rahmen der ggf. im Haushalt 2008 noch zur Verfügung stehenden Finanzmittel bei dem Produkt I/01.015 – Gebäudemanagement – sind die dringlichsten Einzelmaßnahmen (z.B. Erneuerung von Pumpen) noch bis zum Beginn der diesjährigen Heizperiode durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen,
1 Nein-Stimme

Ausschuss vorsitzender Barenbrügge erklärte sich für den nachfolgenden TOP 4 für befangen und übergab die Sitzungsleitung an den stellv. Vorsitzenden Hemker.

## 4 Beteiligung der Gemeinde Rosendahl an dem Projekt "European Energy Award® " - Projekt für eine nachhaltige kommunale Energiepolitik - Vorlage: VII/698

Stellv. Ausschussvorsitzender Hemker verwies auf die Sitzungsvorlage Nr. VII/698.

Herr Tippkötter von der infas enermetic GmbH, Emsdetten, stellte ein Programm (European Energy Award) zur Zertifizierung von Städten und Gemeinden vor, die ihren Energiebereich nachhaltig gestalten wollen. Insbesondere stellte er dar, wie sich die Gemeinde Rosendahl an diesem Projekt beteiligen könnte. Die entsprechenden Unterlagen sind als **Anlage II** dem Protokoll beigefügt.

Ausschussmitglied Steindorf fragte nach, ob der Gemeinde die notwendigen Personalressourcen zur Verfügung stehen.

Herr Tippkötter antwortete, dass es sich bei dem Programm um ein strategisches Projekt handele, bei dem die Personalressource äußert gering zu halten sei.

BGM Niehues erklärte, dass das Programm erst in 2009 starten könne.

Fachbereichsleiter Gottheil ergänzte, dass man eine Beschlussfassung benötige, um die zur Verfügung stehenden Mittel noch in diesem Jahr beantragen und abrufen zu können. Wann genau die Teilnahme im kommenden Jahr starten werde, hänge dann von der personellen Situation in den Fachbereichen ab.

Ausschussmitglied Neumann erkundigte sich, wie viel Verwaltungsaufwand für die Vorleistung notwendig sei und ob nach 2012 weitere Kosten entstehen werden.

Herr Tippkötter erläuterte, dass das Projekt nach vier Jahren auslaufe und man es dann um 3 Jahre verlängern könne. Zunächst jedoch werde der Sachstand aufgenommen und mit dem Audit Tool dokumentiert. Dann werde gemeinsam ein Ziel erarbeitet, welches streng abgearbeitet werden müsse. Pro Fachbereich benötige man hierfür ca. einen halben Tag.

Sodann fasste der Ausschuss nachstehenden **Beschluss:**

1. Die Gemeinde Rosendahl beschließt vorbehaltlich der damit verbundenen Landesförderung ihre Teilnahme an dem Projekt “European Energy Award®” – Projekt für eine nachhaltige kommunale Energiepolitik –. Mit der Durchführung des Projektes wird das Büro infas enermetric GmbH in Emsdetten beauftragt.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, den notwendigen Zuwendungsantrag bei dem zuständigen Landesministerium zu stellen mit der Maßgabe, dass das Projekt in den Jahren 2009 bis 2012 durchgeführt wird.

3. Die Gesamtkosten für den Durchführungszeitraum betragen rd. 30.700 €. Voraussetzung für die Durchführung der Maßnahme ist eine Projektförderung durch das Land NRW in Höhe von rd. 20.300 €, so dass ein Eigenanteil für die Gemeinde Rosendahl für den gesamten Projektzeitraum von 2009 bis 2012 von rd. 10.400 € verbleibt.

4. Die Maßnahme ist im Haushalt 2009 für die Jahre 2009 bis 2012 entsprechend zu veranschlagen.

<u>Abstimmungsergebnis:</u> 7 Ja-Stimmen
1 Enthaltung

Ausschussvorsitzender Barenbrügge übernahm wieder die Sitzungsleitung.

**5 Antrag der Anlieger der Bauerschaft Höpingen auf Überprüfung der vom Haupt- und Finanzausschuss am 17. April 2008 getroffenen Entscheidung über die Beibehaltung der Brückenbauwerke auf dem Gebiet der Gemeinde Rosendahl im Rahmen der Schaffung eines überregionalen Radweges auf der stillgelegten Bahntrasse Coesfeld - Darfeld - Steinfurt - Rheine Vorlage: VII/694**

Ausschussvorsitzender Barenbrügge verwies auf die Sitzungsvorlage Nr. VII/689.

Ausschussmitglied Steindorf bat im Namen der CDU-Fraktion darum, den Beschlussvorschlag abzuändern. Er verlas den abgeänderten Beschlussvorschlag.

Ausschussmitglied Weber gab zu Bedenken, dass die Landwirte auch in den anderen Ortsteilen dieses als Pilotprojekt ansehen und auch für andere Projekte eine Kostenübernahme der Gemeinde fordern.

Ausschussmitglied Henken bat darum eine Beschlussfassung so lange zurückzustellen, bis auch andere Ausbaumöglichkeiten geprüft seien.

Fachbereichsleiter Gottheil stellte dar, dass die Prüfung des Fachbereiches Planen und Bauen sich auf eine Absenkung des Wirtschaftsweges beziehe. Diese Maßnahme würde einzig von Seiten der Gemeinde ausgeführt und verursache Kosten von ca. 15.000 €. Betreffe die Maßnahme das Brückenbauwerk, so brauche man den Maßnahmenträger oder auch den Zuwendungsträger. Zudem lägen hierfür noch keine Kostenschätzungen vor.

Bürgermeister Niehues schlug vor, den Wirtschaftsweg tiefer zu legen, weil damit gleichzeitig eine Sanierung auf Jahre verbunden sei. In Teilbereichen vor und hinter der Brücke sei ohnehin in absehbarer Zeit ein Sanierungsbedarf gegeben.

Ausschussvorsitzender Barenbrügge berichtete, dass er einen Brückenkontrolleur kenne, der diese Brücke in Augenschein nehmen könne.

Ausschussmitglied Neumann beantragte Einzelabstimmung zu den Punkten des Beschlussvorschlages. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

Ausschussvorsitzender Barenbrügge ließ daraufhin über den Beschlussvorschlag getrennt abstimmen.

Der Ausschuss fasste nachstehenden **Beschlussvorschlag für den Rat:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Durchführung der Hauptprüfung für das Brückenbauwerk Höpingen im Bereich des Wirtschaftsweges nach Laer auch gleichzeitig untersuchen zu lassen, ob eine Absenkung des Wirtschaftsweges aus Gründen der Statik des Brückenbauwerkes möglich ist. Die hierdurch entstehenden Mehrkosten im Rahmen der Durchführung der Brückenhauptprüfung in Höhe von rd. 500 € trägt die Gemeinde Rosendahl. Diese Regelung gilt auch für die alternative Lösung im Falle einer Anhebung des Brückenbauwerkes.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2. Die Gemeinde Rosendahl ist bereit, sich zu 50 % an den entstehenden Fremdkosten (Unternehmerkosten) für eine Absenkung des Wirtschaftsweges oder alternativ für eine Anhebung des Brückenbauwerkes zu beteiligen, maximal jedoch mit einem Höchstbetrag von 7.500 €. Die Verwaltung wird beauftragt, in Abstimmung mit dem Maßnahmenträger Kreis Steinfurt und den Anliegern die notwendigen Absprachen für eine kostengünstige Lösung und möglichst zeitnahe Umsetzung der Maßnahme zu führen.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen

3. Im Falle der verbindlichen Übernahme der von den Anliegern zu tragenden Kostenbeteilung sollen die notwendigen Finanzmittel der Gemeinde zur Umsetzung der Maßnahme bereits im Haushaltsjahr 2009 bereitgestellt werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**6 Errichtung einer Mobilfunkanlage im Ortsteil Darfeld**
**Vorlage: VII/702**

Ausschussvorsitzender Barenbrügge verwies auf die Sitzungsvorlage Nr. VII/702.

Ausschussmitglied Henken schlug vor, den Masten in Schleuderbeton auszuführen zu lassen. Dies fand die Zustimmung im Ausschuss.

Sodann fasste der Ausschuss nachstehenden **Beschluss:**

Dem Antrag auf Errichtung einer Mobilfunkanlage an dem in der Anlage II der Sitzungsvorlage Nr. VII/702 gekennzeichneten Standort wird stattgegeben.

Die Ausführung des Mastes hat in Schleuderbeton zu erfolgen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**7 34. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes "Gartenstiege", Ortsteil Holtwick**
**hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 13 Baugesetzbuch (BauGB)**
**Vorlage: VII/705**

Ausschussvorsitzender Barenbrügge verwies auf die Sitzungsvorlage Nr. VII/705.

Alsdann fasste der Ausschuss nachstehenden **Beschlussvorschlag für den Rat:**

Das Verfahren zur 34. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes "Gartenstiege" im Ortsteil Holtwick wird gemäß § 13 BauGB entsprechend dem der Sitzungsvorlage Nr. VII/705 beigefügten Entwurf durchgeführt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**8 7. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes "Hiddings Esch", Ortsteil Osterwick**
**hier: Aufstellungsbeschluss gem. § 13 Baugesetzbuch (BauGB)**
**Vorlage: VII/716**

Ausschussvorsitzender Barenbrügge verwies auf die Sitzungsvorlage Nr. VII/716.

Ausschussmitglied Neumann fragte nach, ob man den Änderungsbereich um die angrenzende Häuserzeile der Straße "Zum Wiedel" ergänzen könne.

Fachbereichsleiter Wellner äußerte hier seine Bedenken, in dem er bemerkte, dass dann auch die südliche Bebauung mit in die vereinfachte Änderung einbezogen werden müsste. Dann aber sei eine Änderung des Planes nur in einem Verfahren nach § 13a BauGB möglich. Zudem sei es wahrscheinlich, dass der Kreis für Bauvorhaben ähnlicher Art in diesem Bereich dann Befreiungen erteile.

Der Ausschuss fasste nachstehenden **Beschlussvorschlag für den Rat:**

Das Verfahren zur 7. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes "Hiddings Esch" im Ortsteil Osterwick wird gemäß § 13 BauGB entsprechend dem der Sitzungsvorlage Nr. VII/716 beigefügten Entwurf durchgeführt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**9 1. Änderung des Bebauungsplanes "Schleestraße" im Ortsteil Holtwick**
**hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB) sowie Beschluss zur öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB**
**Vorlage: VII/715**

Ausschussvorsitzender Barenbrügge verwies auf die Sitzungsvorlage Nr. VII/715.

Ausschussmitglied Riermann fragte nach, warum der Antrag auf Errichtung eines zweigeschossigen Gebäudes an der "Wiedings Stegge" im Baugebiet "Niehoffs Kamp" im OT Osterwick abgelehnt worden sei.

Fachbereichsleiter Wellner erläuterte, dass der Ausschuss sich in der letzten Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses im Juni ganz dezidiert dafür ausgesprochen habe, die im Rahmen des Bebauungsplanes beschlossene Struktur an der Ortsrandlage zu erhalten.

Ausschussmitglied Steindorf merkte zudem an, dass im Bereich "Niehoffs Kamp" noch alternative Grundstücke zur Verfügung standen und zudem hier die Ortsrandlage deutlich sichtbar sei.

Ausschussmitglied Weber schlug vor, dass man grundsätzlich die gestalterischen Festsetzungen innerhalb eines Bebauungsplanes überdenken sollte.

Der Ausschuss fasste nachstehenden **Beschlussvorschlag für den Rat:**

Das Verfahren zur 1. Änderung des Bebauungsplanes “Schleestraße” im Ortsteil Holtwick wird im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB für das Gebiet, das dem der Sitzungsvorlage Nr. VII/715 beigefügten Planentwurf zu entnehmen ist, beschlossen. Dieser Plan ist Bestandteil des Beschlusses.

Gemäß § 13a i.V.m. § 13 Abs. 2 Nr. 2 und 3 und § 3 Abs. 2 BauGB wird die öffentliche Auslegung beschlossen.

Dieser Beschluss ist gem. § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB i.V.m. § 13a Abs. 3 Nr. 1 und 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**10 Aufstellung des Bebauungsplanes "Sökelandweg" im Ortsteil Darfeld**
**hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB) sowie Beschluss zur öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB**
**Vorlage: VII/699**

Ausschussvorsitzender Barenbrügge verwies auf die Sitzungsvorlage Nr. VII/699.

Ausschussmitglied Riermann fragte nach, ob die von der Aufstellung mitbetroffenen Grundstückseigentümer über die Bebauungsplanaufstellung informiert seien.

Fachbereichsleiter Wellner bejahte dies.

Sodann fasste der Ausschuss nachstehenden **Beschlussvorschlag für den Rat:**

Das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes “Sökelandweg” im Ortsteil Darfeld wird im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB für das Gebiet, das dem der Sitzungsvorlage Nr. VII/699 beigefügten Planentwurf zu entnehmen ist, beschlossen. Dieser Plan ist Bestandteil des Beschlusses.

Gemäß § 13a i.V.m. § 13 Abs. 2 Nr. 2 und 3 und § 3 Abs. 2 BauGB wird die öffentliche Auslegung beschlossen.

Dieser Beschluss ist gem. § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB i.V.m. § 13a Abs. 3 Nr. 1 und 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

## 11 Mitteilungen

Es wurde keine Mitteilung vorgetragen.

## 12 Anfragen der Ausschussmitglieder gemäß § 27 Abs. 9 GeschO

Es wurde keine Anfrage gestellt.

## 13 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO

Es wurde keine Einwohnerfrage gestellt.

| | |
|---|---|
| Theodor Barenbrügge<br>Ausschussvorsitzende/r | Anne Brodkorb<br>Schriftführer/in |